

NACHRICHTEN

WILDVÖGEL

Vogelgrippe weitet sich zur Pandemie aus



Alein in Plön sind mehr als hundert Tiere verendet Foto: dpa

INSEL RIEMS | Die kursierende Vogelgrippe hat sich inzwischen zur Pandemie unter Wildvögeln ausgeweitet. Seit dem ersten Nachweis im russisch-mongolischen Grenzgebiet im Sommer habe sich der gefährliche H5N8-Erreger zunehmend ausgebreitet, so das Friedrich-Loeffler-Institut auf der Insel Riems. Mit Europa, Asien und Afrika seien nun drei Kontinente betroffen, die Ausbreitungsgeschwindigkeit sei beachtlich. In Deutschland war der Erreger erstmals am 8. November nachgewiesen worden. Inzwischen sind 13 Bundesländer betroffen. (dpa)

ZINSMANIPULATIONEN

Millionenstrafen gegen drei Banken

BRÜSSEL | Wegen des Skandals um Zinsmanipulationen hat die EU-Kommission eine Strafe von insgesamt 485 Millionen Euro gegen die Banken Crédit Agricole, HSBC und JPMorgan Chase verhängt. Dies teilte EU-Kommission gestern mit. Es geht um die Manipulation des Referenzzinssatzes Euribor durch ein Kartell von Großbanken in den Jahren 2005 bis 2008. Andere Banken, darunter auch die Deutsche Bank, hatten 2013 einen Vergleich akzeptiert. Die drei Geldinstitute hatten sich dem nicht angeschlossen. (dpa)

FOXCONN PRO TRUMP

Neue Investitionen in den USA geplant

PEKING | Nach der Softbank-Gruppe erwägt auch der weltgrößte Auftragsfertiger Foxconn eine Ausweitung seiner Investitionen in den USA. Das taiwanische Unternehmen, das auch Apples iPhone herstellt, kommt damit dem designierten US-Präsidenten Donald Trump entgegen, der sich eine Rückkehr der Produktion in die USA auf die Fahnen geschrieben hat. Über Umfang und Art der geplanten Investitionen sei aber noch nichts entschieden, teilte die Foxconn Technology Group gestern einer Erklärung mit. (dpa)

ONLINE-KREDITE

Chinesinnen bürgen mit Nacktfotos

PEKING | Die chinesische Online-Plattform Jiedaibao will gegen Kreditgeber vorgehen, die Nacktfotos von Frauen als Sicherheit für Darlehen verlangen. Die Regeln sollten verschärft werden und Nutzer ausgeschlossen werden, hieß es in einer Warnung des Dienstes, der die private Kreditvergabe zwischen Nutzern ermöglicht. Zuvor war eine Datei mit Nacktbildern von rund 160 Frauen im Netz aufgetaucht. Kreditgeber drohen mit Verbreitung der Bilder, falls Kredite nicht rechtzeitig bedient werden. (dpa)

ZAHL DES TAGES

Klimaleugner erfolgreicher als BBC

Es wäre ja zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre. Alex Jones, ein Verbündeter von Donald Trump, betreibt die Webseite Infowars. Jones behauptet unter anderem, dass Hillary Clinton und Barack Obama Dämonen sind (WIRKLICH kein Witz). Den Klimawandel gibt es auch nicht, sagt Jones. Wie der Guardian schreibt, hat sein Youtube-Kanal 1,8 Millionen Abonnenten, BBC News nur 992.000. Wir haben... äh... 1.340. (taz)

1,8 Mio.

Kaum entdeckt und schon vom Aussterben bedroht

ARTEN Neue Rote Liste listet erstmals Giraffen, wilden Hafer, Mangos und 742 neue Vogelarten

BERLIN taz | Weltweit gibt es nach der neuen „Roten Liste der bedrohten Tierarten“ 742 neue Vogelarten – frisch entdeckt oder neu als eigene Spezies anerkannt. 11 Prozent dieser Newcomer sind allerdings bereits vom Aussterben bedroht – und 13 Arten sind schon verschwunden. Dieses Fazit zieht die internationale Artenschutzorganisation IUCN in ihrer neuen Liste, die am Donnerstag auf der 13. UN-Konferenz zur Artenvielfalt (CBD) im mexikanischen Cancún veröffentlicht wird. Demnach sind insgesamt 85.604 Arten bedroht, von denen 24.307 vor dem Aussterben stehen. „Unglücklicherweise heißt die Anerkennung von über 700

Hawaii, die Seejungfer Papyrus Wisp aus dem Viktoriasee oder der afrikanische Graupapagei hebt die IUCN stellvertretend für Tausende von Arten hervor. „Viele Spezies rutschen uns weg, ehe wir sie überhaupt beschreiben können“, sagt IUCN-Generaldirektorin Inger Andresen. „Diese Rote Liste zeigt, dass der Maßstab der globalen Ausrottungskrise sogar noch größer sein könnte, als wir dachten.“

Das Artensterben könnte sich auch auf die Ernährung der Menschen auswirken, warnt die Organisation. Zum ersten Mal führt sie auch die 233 wilden Verwandten von Kulturpflanzen wie Mango, Gerste, Sonnenblumen und Hafer als gefährdet auf. Sie verschwinden vor allem mit gerodeter Wildnis, könnten aber als genetische Ressource für die Kulturpflanzen sehr wichtig werden, um Dürren, Krankheiten oder Versalzung zu widerstehen.

Die Rote Liste meldet auch kleine Erfolge: Der Fisch *Marcusenius victoriae* aus dem Viktoriasee hat sich leicht erholt, der Riesenbaum *Degenaria vitiensis* im Regenwald von Fiji ebenfalls. Und manche Arten, die als ausgestorben galten, werden wiederentdeckt: So der Fisch *Ptychochromoides isay* auf Madagaskar.

Schon 2012 hatte die IUCN zusammen mit Tausenden von Wissenschaftlern die „100 am meisten bedrohten Arten“ aufgelistet. Damals war klar geworden: Arten werden besonders bedroht, wenn sie vom Menschen zu wenig oder zu viel beachtet werden. Wird Wildnis gerodet, gehen Pflanzen und Tiere verloren, die keinen direkten monetären Wert haben. Ist aber eine Art, wie der sprechende afrikanische Graupapagei, eine begehrte Handelsware, geht es ihr auch schnell an den Kragen. BERNHARD PÖTTER

„Je mehr wir wissen, desto größer werden unsere Sorgen“

IAN BURFIELD, BIRDLIFE

neuen Vogelarten nicht, dass es den Vögeln besser geht“, sagte Ian Burfield von der Umweltorganisation BirdLife. „Je mehr wir wissen, desto größer werden unsere Sorgen. Eine Landwirtschaft, die nicht nachhaltig ist, Holzeinschlag, invasive Arten und der illegale Handel drängen immer noch viele Arten ins Aus.“

Ähnliche Entwicklungen bedrohen weiterhin viele Pflanzen- und Tierarten. Auch die Giraffe steht nun auf der Roten Liste. Ihre Bestände sind in den letzten 30 Jahren um 40 Prozent geschrumpft. Neben bekannten Arten wie Nashörnern, Pandas und weißen Haien machen auch viele Unbekannte den Forschern Sorge: Die Rattanpalme in Kamerun, die Grillenart *Conocephalus chavesi* von den Azoren, der Fisch *Cosmocampus balli* aus



Kann sprechen, daher beliebt – und bedroht: der Graupapagei Foto: IUCN

SPD-Linke gegen Privatstraßen

FINANZEN Innerhalb der Sozialdemokraten wächst der Widerstand gegen die von der Koalition geplante Autobahn-Gesellschaft. Auch aus den Bundesländern gibt es Kritik



Explosive Wirkung: Sprengung einer Autobahnbrücke Foto: Christoph Schmidt/dpa

VON MALTE KREUTZFELDT

BERLIN taz | In der SPD zeichnet sich ein Streit über die neue Infrastrukturgesellschaft ab, auf die sich Bund und Länder im Grundsatz verständigt haben. Kurz bevor der entsprechende Gesetzentwurf an diesem Freitag im Bundeskabinett beschlossen werden soll, geht die Parlamentarische Linke der SPD auf Distanz zu den Plänen.

Der Zusammenschluss der linken Bundestagsabgeordneten der Partei stört sich vor allem daran, dass die neue Gesellschaft als privatrechtlich organisierte GmbH gegründet werden soll. Diese soll künftig für Bau und Betrieb von Autobahnen und einigen Bundesstraßen zuständig sein. Die Parlamentarische

Linke fordert stattdessen eine Anstalt öffentlichen Rechts. Deren Vorteile lägen „in der besseren Transparenz, der parlamentarischen Kontrolle und dem abschließenden Ausschluss jeglicher Privatisierung“, heißt es in einem aktuellen Beschluss.

Auf Druck von SPD-Chef und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel ist im Gesetzentwurf bereits klargestellt worden, dass die Autobahnen und die Gesellschaft selbst nicht privatisiert werden dürfen. Möglich bleiben aber eine Privatisierung von Tochtergesellschaften der GmbH und Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP), also der private Bau und Betrieb von einzelnen Autobahnabschnitten, die formal in öffentlichem Eigentum bleiben.

Die Kritiker warnen vor einem „Trojanischen Pferd zur Autobahnprivatisierung“

Auch diese ÖPPs sieht die SPD-Linke kritisch: „Wir teilen die Kritik des Bundesrechnungshofs, der privat finanzierten Autobahnbau als unwirtschaftlich ablehnt.“ Solche Projekte gibt es auch bisher schon. Sie könnten aber von einer privatrechtlich organisierten GmbH sehr viel leichter umgesetzt werden.

Auch in den Landesverbänden wächst die Kritik am Plan der Bundesregierung Mecklenburg-Vorpommerns SPD-Ministerpräsident Erwin Sellering kri-

tisierte am Mittwoch, dass bei der Infrastrukturgesellschaft spätere Autobahnprivatisierungen nicht ausgeschlossen seien. „Das wollen die Länder nicht“, sagte er der Deutschen Presse-Agentur.

Auch der Berliner Landesverband der SPD hat beim Parteitag am Montag einen klaren Beschluss gegen die aktuellen Pläne für die Infrastrukturgesellschaft gefasst. Die Partei werde deren Gründung nur zustimmen, wenn eine Reihe von Bedingungen erfüllt seien – darunter ein „gesetzliches Verbot der Durchführung von ÖPP-Projekten durch die Gesellschaft“.

Anderenfalls hätten Investoren bei der neuen Gesellschaft künftig freie Hand, solche Projekte in großem Umfang umzusetzen, kritisiert die Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe. „Eine wirksame parlamentarische Kontrolle findet nicht mehr statt“, sagte sie der taz. „Die Gründung der Autobahngesellschaft ist ein Trojanisches Pferd zur Autobahnprivatisierung.“

Die Chancen der SPD-internen Kritiker, Änderungen durchzusetzen, stehen dabei gut. Denn für die neue Organisation des Fernstraßenbaus, die zusammen mit der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen beschlossen wird, muss das Grundgesetz geändert werden. Die dafür notwendige Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag wäre ohne die 90 Abgeordneten der Parlamentarischen Linken nicht vorhanden. Und die Länder können das Vorhaben im Bundesrat stoppen.

Trotz LuxLeaks: immer mehr Steuerdeals

GEWEMHOHL Die EU-Staaten haben kaum Lehren aus dem Skandal um Abgabensparmodelle gezogen

BRÜSSEL taz | In der Europäischen Union gibt es immer mehr Steuerdeals zugunsten großer Konzerne. Seit dem LuxLeaks-Skandal vor zwei Jahren, bei dem Hunderte Deals ans Tageslicht kamen, haben sich die vertraulichen Absprachen sogar fast verdreifacht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Regierungsunabhängigen Organisation Eurodad in Brüssel.

Die Zahl der „Vorbescheide“ stieg von 547 im Jahr 2013 auf 1.444 im Jahr 2015, heißt es in der Studie. Die meisten Steuer-sparmodelle bieten demnach Belgien und Luxemburg an. Eurodad stützt sich auf Daten der EU-Kommission. Der Anstieg der Steuerdeals sei „sehr überraschend und zutiefst beunruhigend“, so Koautor Tove Ryding.

Die Europäische Union hatte auf den LuxLeaks-Skandal mit einer groß angelegten Initiative gegen Steuerflucht und Steuervermeidung reagiert. Nach Angaben der EU-Kommission entgehen den Mitgliedstaaten durch die aktive Steuervermeidungspolitik der Konzerne jährlich Steuereinnahmen in Höhe von 50 bis 70 Milliarden Euro.

Auch Deutschland bietet Steuersparmodelle an. Deutschland gehört nach Angaben von Eurodad auch zur Gruppe jener Staaten, die eine Veröffentlichung von Konzerngewinnen und Steuern auf Länderbasis ablehnen. Demgegenüber haben sich Frankreich, die Niederlande und Spanien dafür ausgesprochen. Um das sogenannte Country-by-country-Reporting werde 2017 eine „große politische Schlacht“ entbrennen, so die Eurodad-Experten.

Sogar traditionelle Verbündete der Deutschen wie Großbritannien sprechen sich für mehr

Transparenz aus. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) präsentiert sich gern als Vorkämpfer für mehr Steuer-gerechtigkeit, hier gehört er aber zu den Bremsern.

Wie schwierig der Kampf gegen die Steuervermeidung ist, hat sich zuletzt beim Treffen der EU-Finanzminister am Dienstag in Brüssel gezeigt. Die Minister konnten sich nicht auf eine neue EU-Richtlinie einigen, die Steuerschlupflöcher schließen soll. Schuld sei eine „unrühmliche Allianz von Steuerrosen“, so der grüne Finanzexperte Sven Giegold. ERIC BONSE